
Podiumsdiskussion **Südosteuropa im Spiegel deutscher und weltpolitischer Herausforderungen**

**Veranstalterin: Südosteuropa-Gesellschaft e.V.
Berlin, 04. Juli 2024**

Bericht von Franz-Lothar Altmann, München / Bukarest

Einleitung und Begrüßung

Die Podiumsdiskussion war dem Ehrenpräsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft gewidmet. Dr. h. c. *Gernot Erler*, Staatsminister a. D., vollendete am 3. Mai 2024 sein 80. Lebensjahr. Er war von 1987 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 2005 bis 2009 Staatsminister im Auswärtigen Amt und von 2000 bis 2020 Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG). Anlässlich seines runden Geburtstages veranstaltete die SOG die Podiumsdiskussion in den Räumen des Deutschen Bundestages.

Die große EU-Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten jährt sich 2024 zum zwanzigsten Mal und ist damit der letzte große Erfolg der EU im Rahmen der Erweiterungspolitik. Seit dieser Erweiterung sind mit Bulgarien, Rumänien und Kroatien lediglich drei weitere Länder aus Südosteuropa der EU beigetreten. Vor dem Hintergrund des neuen geopolitischen Umfelds nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 wurden in der Veranstaltung Kontinuitäten, Bruchlinien und notwendige Kursänderungen in der deutschen und europäischen Politik gegenüber der Region Südosteuropa diskutiert und die Perspektiven der transatlantischen Kooperation in der Region ausgelotet. Zur Diskussion waren langjährige Begleiter Gernot Erlers eingeladen. Die Moderation übernahm *Adelheid Wölfel*,



Gernot Erler. Foto: SOG

Südosteuropa-Korrespondentin beim österreichischen „Standard“.

Nach der Begrüßung der Anwesenden durch *Manuel Sarrazin*, Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft und Sondergesandter der Bundesregierung für die Länder des westlichen Balkans gab *Peter Beyer*, MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft, einen kurzen Überblick über die Ausbildung und den politischen Werdegang von Gernot Erler: Studium der Geschichte, der Slawischen Sprachen und der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau, das er 1967 mit dem Staatsexamen für das Lehramt beendete. Von 1980 bis 1987 arbeitete Erler dann als

Verlagsleiter in Freiburg. Als Mitglied der SPD seit 1970 zog Erler 1987 erstmalig in den Deutschen Bundestag ein und profilierte sich über die Jahre als Brückenbauer zwischen Ost und West sowie als Troubleshooter nicht nur in Südosteuropa, sondern beispielsweise auch in Kenia. Über all die Jahre hat sich Erler durch Realitätssinn und Pragmatismus, auch im Verhältnis zu Russland, ausgezeichnet. Er setzte sich immer für das friedliche Zusammenleben der Völker ein und wurde dafür mehrfach ausgezeichnet (Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, Orden „Stara Planina“ = die höchste Auszeichnung der Republik Bulgarien, Goldenes Stadtsiegel der Stadt Freiburg).

Südosteuropa und die neue Weltordnung

Gernot Erler wurde dann gebeten, seine Sicht zur gegenwärtigen politischen Lage in der Welt unter dem Motto „Südosteuropa und die neue Weltordnung“ zu erläutern. Erler sagte, nach der zunächst lange andauernden bipolaren Ordnung USA – Sowjetunion habe der Zusammenbruch letzterer 1991 zunächst nur eine Weltmacht übriggelassen, was vorübergehend zu dem Begriff „Pax Americana“ geführt habe. Bald sei die Verlässlichkeit der USA im Zusammenhang mit den Kriegen in Afghanistan und im Irak in Zweifel gezogen worden. Zunächst fast unmerklich sei gleichzeitig der rasante Aufstieg Chinas als neuer Weltmachtfaktor erfolgt. 2011 habe US-Präsident Barack Obama die Aufmerksamkeit der USA verstärkt in Richtung des Pazifischen Ozeans gelenkt und 2013 habe der neue chinesische Parteichef Xi Jinping die Wiedergeburt Chinas auf der Weltbühne mit der Ankündigung des neuen Seidenstraßenprojekts mit 140 Partnerländern erklärt. Erler stellte die Frage, ob wir jetzt wieder einer bipolaren Weltordnung mit den USA und China gegenüberstünden oder eine Penta-Gruppe, bestehend aus den USA, China, Russland, Indien und der Europäischen Union, die Realität sei.

Bezogen auf Südosteuropa fände jedenfalls eine deutliche Einflusskonkurrenz zwischen der EU, den USA, Russland und China statt. Am 25. Juni 2024 hat die EU Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau abgeschlossen. Die beiden Länder gesellen sich auf der Warteliste der EU-Beitrittskandidaten zu

den sechs Ländern des westlichen Balkans. Die schnelle Entscheidung für die Ukraine und die Republik Moldau als Beitrittskandidaten würden aber für die EU die Frage der Glaubwürdigkeit in Bezug auf den Erweiterungsprozess stellen, da für die Balkanländer immer die Erfüllung der Beitrittskriterien im Vordergrund stand und jetzt plötzlich geopolitische Überlegungen vorrangig geworden seien. Die Glaubwürdigkeitsfrage würde im Zusammenhang mit den verstärkten Bemühungen Russlands um die Balkanländer zum Ansichtsverlust der EU und auch zu Destabilisierungstendenzen – beispielsweise in Serbien und Bulgarien – führen. Die VR China schein sich in diesem Konkurrenzspiel weitgehend herauszuhalten, indem sie zwar wirtschaftlich aktiv sei und vor allem für Infrastrukturvorhaben günstige Finanzierungsangebote ohne Bedingungen mache, sich politisch aber nicht positioniere. Erler endete seine Ausführungen mit dem großen Fragezeichen, wie die Europäische Union und insbesondere Deutschland mit den neuen Herausforderungen umgehen solle.

Botschafterin *Dr. Meglena Plugtschieva*, stv. Ministerpräsidentin Bulgariens 2008 – 2009 und Botschafterin Bulgariens in Deutschland von 2004 bis 2008 sowie Botschafterin in der Schweiz (2012 – 2018) und in Montenegro (2019 – 2022), betonte, dass Gernot Erler Geschichte für Bulgarien geschrieben und sich dabei vor allem bei der Europäischen Union stark für das Land eingesetzt habe. Seit 2022, so ihre Einschätzung, sei seitens der Europäischen Union in den Beziehungen zum westlichen Balkan eine Art Stillstand eingetreten. Die Länder der Region würden weiter zurückfallen und die allgemeine Armutsbekämpfung komme nicht voran. Die EU mache den Eindruck, dass sie ihren verabredeten Verpflichtungen nicht nachkommen wolle. In den Westbalkanstaaten verfestige sich der Eindruck, dass seit Beginn des Ukrainekriegs eine Neuausrichtung der europäischen Außenpolitik stattfände, was verständlicherweise in Südosteuropa zu Unmut führe. Die Integration würde nicht mehr wertebasiert, sondern geopolitisch gesteuert, zusätzlich zeigten sich auch negative wirtschaftliche Auswirkungen, beispielsweise im Tourismus. Die EU schein mit zu vielen Hausaufgaben überfordert, der westliche Balkan trete in

den Hintergrund. Dabei sei aber eine schnelle Aufnahme der westlichen Balkanländer wichtig – sowohl für diese selbst als auch für Südosteuropa insgesamt.

Dr. *Enver Hoxhaj*, Vizepräsident des kosovarischen Parlaments und Außenminister der Republik Kosovo (2011–2014 und 2016–2017), begann seine Ausführungen mit der Hoffnung, dass vor allem in Berlin der westliche Balkan auf Hauptinteresse stoße, was für den Erhalt einer guten allgemeinen Sicherheitsarchitektur in der Region von Bedeutung sei. Noch gebe es stabile Demokratien auf dem westlichen Balkan. Bezogen auf den Kosovo betonte Hoxhaj, dass Erlers dabei geholfen habe, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und politische Vielfalt sich durchgesetzt haben. Nun stünden aber die Präsidentschaftswahlen in den USA im November 2024 vor der Tür, in deren Zusammenhang verschiedene Probleme deutlich würden. Das erste sei die offensichtliche Erweiterungs- und mündigkeit der EU. Er habe keine prononcierte Erweiterungspolitik in den letzten zwei Jahren vermerken können, sagte *Hoxhaj*. Auch für fällige NATO-Entscheidungen für die Region gebe es keinen Zeitplan. Hingegen sei eine Rückkehr des russischen Imperialismus in Südosteuropa spürbar. Hier stelle sich die große Frage, wie Serbien sich verhalten werde. Seit 2012 versuche der serbische Präsident Aleksandar Vučić, die Staatlichkeit von Kosovo in Frage zu stellen, zudem blockiere er die europäische Zukunft Montenegros. Deutschland und die EU sollten sich der möglichen Destabilisierung der Region bewusst sein.

Diskussion

In der sich anschließenden Diskussion auf dem Podium nahm *Erlers* den von Bundeskanzler Olaf Scholz geprägten Begriff der „Zeitenwende“ auf und betonte, dass gravierende weltpolitische Veränderungen angesichts des aggressiven Verhaltens Russlands auch in Südosteuropa deutlich seien. Es gebe eine Wiedergeburt des Panlawismus, die Gefahr eines neuen Krieges in der Region sollte nicht unterschätzt werden.

Beyer sprach die im November 2024 anstehenden Wahlen in den USA an, wollte aber kein

Angstgefühl angesichts eines möglichen Trump-Erfolgs verspüren. Er verwies dabei auf die offensichtlichen wirtschaftlichen Interessen auch der Trump-Administration, deutlich durch die Investitionsengagements von Jared Kushner, dem Schwiegersohn Trumps, in Serbien. Der Einfluss der USA werde in der Region bestehen bleiben, die Frage stelle sich aber, ob die EU dabei nur Beobachter bleibe. Er bestritt aber nicht, dass Konfliktpotential sicher bestünde.

Plugtschieva wiederholte, dass vor allem die Gefahr bestünde, dass die EU in der Region Südosteuropa an Bedeutung verliere. Die Bestellung von Kaja Kallas, bisher Ministerpräsidentin von Estland, zur Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik könnte eine stärkere Fokussierung der Europäischen Union in Richtung Osten signalisieren. Nur eine schnelle Aufnahme der Länder des westlichen Balkans in die Europäische Union könne die Staatlichkeit dieser Länder retten. Fraglich sei jedoch zurzeit, was die Hinzunahme der Ukraine und der Republik Moldau in die Mitgliedschaftsperspektive bedeute. Vor allem sei in diesem Zusammenhang noch ungelöst, wie künftig die Finanzmittel der Europäischen Union verteilt würden. Dies treffe vor allem für den Agrarfonds zu, von dem die Ukraine angesichts der Größe ihrer Landwirtschaft einen größeren Anteil bekommen sollte, was Einbußen für bisherige Empfängerländer bedeuten würde.

Hoxhaj griff auch die Frage einer möglichen Kriegsgefahr für die Region auf, die er aber verneinte. Er erwähnte jedoch, dass kürzlich im Norden von Kosovo NATO-Soldaten angegriffen worden seien, wobei der Angriff offensichtlich von Belgrad motiviert gewesen sei. Serbien wolle Nordkosovo territorial angliedern, versuche aber gleichzeitig auch in Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina die dortige politische Situation zu destabilisieren und zu seinen Gunsten zu verändern. Hoxhajs Frage, wie Deutschland und die EU mit Politikern wie Dodik oder Vučić umgehen sollen, die so offensichtlich den Integrationsprozess untergraben, blieb unbeantwortet.

Preisverleihung

Solidaritätspreis der SOG für Journalist*innen aus Südosteuropa**Der Preis 2024 geht an Xhabir Memedi Deralla**

Veranstalterin: Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)
Berlin, 04. Juli 2024

Bericht von Gudrun Steinacker, Wien

Am 4. Juli 2024 wurde zum vierten Mal der Solidaritätspreis der Südosteuropagesellschaft für mutige Journalist*innen aus den Partnerländern verliehen, der auf Anregung des jetzigen Präsidenten der SOG, Manuel Sarrazin, 2020 ins Leben gerufen wurde. Der diesjährige Preisträger ist der Journalist und Menschenrechtsaktivist Xhabir Memedi Deralla aus Nordmazedonien, Gründer der Nichtregierungsorganisation CIVIL (www.civil.org.mk), seit Jahren eine der wichtigsten Medienplattformen seines Landes.

Laudatio

In der Laudatio unterstrich *Josip Juratović*, Vizepräsident der SOG, die Bedeutung der Medienfreiheit für Demokratie und Frieden. Der Kampf für die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger sei auch ein Kampf für die Demokratie, den Xhabir Deralla kämpfe. Über drei Jahrzehnte habe Deralla einen außergewöhnlichen Beitrag zu Gerechtigkeit, Freiheit und Wahrheit geleistet, besonders im Kontext seines Landes Nordmazedonien und des westlichen Balkans. Für sein Engagement habe er heftigen Widerstand erfahren, so dass er oft Ziel brutaler politischer Angriffe und Verleumdungen, vor allem in den regierungsnahen Medien, geworden ist. Seit des Angriffs Russlands auf die Ukraine ist Deralla zudem eine führende Stimme gegen die enorme russische Propaganda und hybride Kriegsführung geworden.

Als Co-Autor und Herausgeber habe sich Deralla mit Themen wie Künstliche Intelligenz und Grüne Wirtschaft befasst, sich aber auch gegen die illegale Verbreitung von Waffen sowie verschiedene Formen der Korruption engagiert. Derallas Bücher wie „Apokalypse“ und „Wer wird die Rechnung bezahlen?“ spiegelten seine

künstlerische und intellektuelle Vielseitigkeit wider. Deswegen würdige die SOG mit der Verleihung des Preises seinen Mut, seine Hingabe und seinen unerschütterlichen Einsatz für Menschenrechte und Freiheit – auch als Inspiration für uns und unser Streben nach einer gerechteren und freieren Gesellschaft.

Dankesrede

Deralla erwies sich in seiner Dankesrede und dem anschließenden Gespräch der Auszeichnung mehr als würdig. Er dankte für den Preis, da die damit zum Ausdruck gebrachte Solidarität lebenswichtig sei. Er und seine Kolleg*innen setzten sich dafür ein, dass die Tatsachen über die Lügen siegen: „Wir verteidigen das Recht, unsere Meinung zu sagen und die wahre Geschichte der Unterdrückten und Diskriminierten zu veröffentlichen“, sagte er. Er dankte seinen Zuhörer*innen und Leser*innen in Nordmazedonien. Aber auch denjenigen danke er, die ihm diesen Preis zuerkannt und dafür gespendet hätten. Deralla bestätigte, dass er seit langem mit den Angriffen auf seine Person und seine Organisation lebe und als Verräter, Söldner und Spion verunglimpft werde. Er selbst sei albanisch-türkisch-kroatischer Herkunft und seine Tochter habe dazu noch mazedonische Wurzeln, ein echter mazedonischer Salat, eine „Macedoine“, wie man in Frankreich sage.

Kurz ging er auf den Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland ein, der durch einen Kompromiss, bei dem der bisherige Staatsnamen „Republik Mazedonien“ durch den Namen „Nordmazedonien“ ersetzt wurde, gelöst worden sei. Es gebe aber nicht wenige in Nordmazedonien, die den neuen Staatsnamen ablehnten, darunter viele in der Partei VMRO-

DPMNE, die soeben wieder an die Macht gewählt wurde. Trotz des sogenannten „Ohrider Abkommens“ von 2001, das einen Ausgleich zwischen albanischen und slawischen Mazedoniern bewirken sollte, seien die Spannungen zwischen beiden Volksgruppen nach wie vor hoch und die Kluft wachse sogar.

Er könne den aktuellen Zustand von Rechtsstaat und Demokratie und politischer Kultur in Nordmazedonien an seiner Person illustrieren. Gegen ihn seien zwei Klagen des Vorsitzenden der soeben siegreichen politischen Partei anhängig. Zwei Richter hätten zugunsten des Klägers entschieden. Inzwischen sei der Kläger Ministerpräsident und sein Anwalt Innenminister geworden und der Prozess – ein SLAPP (Strategic Lawsuit against Public Participation) – gegen ihn gehe weiter. Aber noch gefährlicher als die SLAPPs sei die allgegenwärtige russische Propaganda. Diese bediene sich nicht nur der Medien, sondern aller öffentlicher Kanäle und Parteien, der Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Oligarchen und nicht zuletzt der Kirche. In dieser Kombination bedrohten sie Demokratie und Stabilität in seinem Land.

Es sei eine unangenehme Wahrheit, dass sein Land isoliert, instabil, arm und gespalten in einer problembeladenen Region, dem Westbalkan, sei. Daher sei es seine Aufgabe, die Fakten über die Ereignisse in seinem Land und der Welt, einschließlich des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, bekannt zu machen. In einer Gesellschaft, wo Menschenrechte als Bedrohung für die nationale Identität betrachtet würden, sei Desinformation weit verbreitet, auch bei den sogenannten „Progressiven“. Hass-erfüllte Sprache bis hin zu Todesdrohungen sei an der Tagesordnung. In solch einem Umfeld sei Demokratie nicht mehr erwünscht und Autokratie gelte als Verteidigung gegen „die Anderen“. Viele erwarteten, dass schon jemand darauf reagieren werde, aber wenn man es nicht selbst tue, mache es niemand. Daher sei es seine Herausforderung und Mission, die Demokratie und die demokratischen Werte, Menschenrechte und Freiheiten zu verteidigen. Jeder könne eine Rolle im Kampf gegen die dunklen Schatten von Kontrolle und Gewalt spielen.

Podiumsgespräch

In dem anschließenden Gespräch, welches *Adelheid Feilcke*, Präsidiumsmitglied der SOG und Leiterin der Europaprogramme der Deutschen Welle, führte, bestätigte *Deralla*, dass allein die Tatsache seiner gemischt-ethnischen Herkunft ihn in einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft zum Ziel von Angriffen mache. Er sei ein absoluter Pazifist, der sich auch immer für Abrüstung auf allen Ebenen eingesetzt habe, obwohl einer seiner gleichnamigen Vorfahren der erste Kriegsminister Albaniens war. Auf beiden Seiten der beiden großen ethnischen Gruppen in Nordmazedonien gebe es Aggressivität und Diffamierung. Die Verantwortung dafür trage aber nicht nur die erneut gewählte nationalistische VMRO-DPMNE, sondern auch die bisherige Regierung, die in vieler Hinsicht, aber vor allem bei der Bekämpfung der riesigen Korruption versagt habe.

Deralla warnte davor, den politischen Repräsentanten in Nordmazedonien und auf dem Balkan generell Glauben zu schenken. „Sie glauben zu wissen, was sie in offiziellen Gesprächen sagen müssen, aber sie setzen ihre korrupte Politik dabei ungeniert fort“, sagte er. Oft verstünden Akteure von außerhalb, wie beispielsweise aus Deutschland, gewisse Feinheiten nicht. Es sei daher wichtig, die Zivilgesellschaft weiter zu unterstützen und an den demokratischen Werten festzuhalten. Die Gefahr von autoritären Regimen dürfe nicht unterschätzt werden. Auf die Frage *Feilckes* nach der Lage in der Ukraine unterstrich *Deralla* die Bedeutung der Unterstützung der Ukraine und die Bekämpfung des negativen und gefährlichen Einflusses der russischen Desinformation und Propaganda, die nicht hoch genug eingeschätzt werden könnten. Ob es um Propaganda gegen die Namensänderung ginge oder direkte pro-russische Propaganda, alles sei mit allem verbunden. Auf die Nachfrage von *Adelheid Feilcke* bestätigte er, dass es in seinem nächsten Buch um dieses Thema gehen werde.

Leider seien Straftaten während der zehnjährigen Regierung der Partei, die jetzt erneut an die Macht gekommen sei, rechtlich kaum aufgearbeitet worden. Diese Partei habe ihren Einfluss auf die Justiz aufrechterhalten können. Die Korruption sei tiefer verwurzelt denn je, es sei

ein Teil des kulturellen Systems, de facto eine „Kultur der Korruption“. Das sei ein generelles Problem des Balkans. Der Nationalismus und die sogenannte „Identitätspolitik“ würden benutzt, um die Spaltung der Gesellschaft zu vertiefen und man laufe Gefahr, den Respekt für die Diversität des Anderen – ob ethnisch, sprachlich, religiös oder sexuell – zu zerstören. Die Zeit zum Gegensteuern sei knapp. Er for-

derte Mut und Entschlossenheit, um der Gefahr von rechts zu begegnen.

Aber es mache Hoffnung, dass es in Frankreich nach der ersten Runde der Parlamentswahlen in kurzer Zeit gelungen sei, ein Bündnis aus sehr heterogenen linken Parteien zu schmieden, um sich gegen eine Machtübernahme des Rassemblement National zu wehren.

Online-Diskussion

Bulgarien wählt zum siebten Mal in drei Jahren – und es dreht sich alles um Korruption und um „zwei Elefanten“

Veranstalterin: Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)
Online, 29. Oktober 2024



Bericht von Friedrich Püttmann, Istanbul

Einführung

Zu Beginn der Veranstaltung führte Dr. Johanna Deimel (Mitglied des Präsidiums der SOG, München) in die Thematik der Diskussion ein. Bulgarien, welches seit 2007 Mitglied der EU ist und zugleich ihr ärmstes Land, ist dieser Tage geprägt von Themen wie der Sicherung der EU-Außengrenzen, dem russischen Krieg in der Ukraine und dem allgemeinen russischen Einfluss auf die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Land. Letzterer bringt die bisher pro-europäische Ausrichtung Bulgariens in Gefahr und zeichnet sich unter anderem – wie in vielen Ländern der Region – in Energiefragen ab. Gleichzeitig habe Bulgarien Schwierigkeiten mit der Umsetzung des Green Deal der EU. Hinzukomme, dass Bulgarien in jüngster Vergangenheit einen massiven Rückgang bei Direktinvestitionen und seit langem einen anhaltenden Brain-Drain gen Westen verzeichne. Vor diesem Hintergrund durchlebe das Land seit etwa drei Jahren eine politische Krise und hangele sich von Wahl zu Wahl, welche augenscheinlich – besonders bei der Wahl am 27. Oktober 2024 – durch einen signifikanten Stimmenkauf unterwandert worden seien. Infolgedessen seien laut Umfragen nur zehn Prozent der Bevölkerung der Auffassung gewesen, dass die jüngste Wahl überhaupt irgendetwas verändern könne.

Die letzte reguläre Regierung Bulgariens, geführt von Ministerpräsident Nikolai Denkov, sei in den Worten Deimels „ein Experiment gewesen, um aus der Krise zu finden“ – in Form einer rotierenden Koalitionsregierung, welche im März 2024 geplatzt sei. Auch die anschließenden Neuwahlen im Juni brachten keine neue Regierung, weswegen seitdem wieder eine von Präsident Rumen Radew eingesetzte Übergangsregierung in Bulgarien regiere. Die Bevölkerung musste daher innerhalb von drei Jahren zum siebten Mal an die Wahlurnen. Die Wahlen seien derweil weiterhin bestimmt von zwei politischen „Elefanten“: von Bojko Borissow, langjähriger Premierminister Bulgariens und Anführer der konservativen pro-europäischen GERB, und von Deljan Peewski, einflussreichster Oligarch Bulgariens, der dieses Mal mit einer neuen Partei, der „DPS-Neubeginn“ (Bewegung für Rechte und Freiheiten; vertritt die Interessen der türkischen Minderheit), angetreten sei. Beide Politiker seien vor einigen Jahren das Ziel von Massenprotesten gegen Korruption gewesen und seien auch heute mit Korruptionsvorwürfen belastet, Deljan Peewski von den USA und Großbritannien sogar wegen Korruption sanktioniert. So stellten sich folgende Fragen: Wird Bulgarien weiter trudeln? Wird es eine neue Übergangsregierung geben? Was kommt nach der Parlamentswahl vom 27. Oktober 2024?

Nach Ansicht von *Martin Kothé* (Regionalbüroleiter Ost und Südost Europa; Projektleiter Bulgarien, Nordmazedonien und Griechenland, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit) gebe es noch einen dritten Elefanten in der bulgarischen Politik: den ethnisch türkischen und langjährigen Vorsitzenden der DPS, Ahmed Dogan, welcher es nach der Spaltung der DPS im Vorfeld der Oktoberwahlen mit seiner neuen Partei APS (Allianz für Rechte und Freiheit) auf Anhieb auf sieben Prozent geschafft habe. Außerdem bemerkte Kothé, dass die DPS in Westeuropa früher als liberal und progressiv betrachtet worden sei. Deljan Peewski, der bis zur Abspaltung von der DPS und zur Gründung der von ihm geführten „DPS-Neuanfang“ Co-Vorsitzender der DPS war, habe sogar 11,5 Prozent geschafft. Die liberale Parteienkoalition PP-DB (Wir setzen den Wandel fort – Demokratisches Bulgarien) der so genannten „Harvard Boys“, Kiril Petkow und Asen Wasilew, sei mit 14,2 Prozent zweitstärkste Kraft geworden. Außerdem wies Kothé darauf hin, dass die Partei „Wiedergeburt (Vъзраждане)“ – „das bulgarische Äquivalent der AfD“ – immer noch unterhalb von 15 Prozent liege, anders als die AfD in Deutschland, obwohl die Zustände in Bulgarien, einschließlich eines allgemeinen Grolls und des Gefühls von Verlassenheit, die Grundlage für ein deutlich stärkeres Ergebnis darstellen könnten. Aus Kothés Sicht hätten die Wahlen für die progressiven Kräfte daher noch deutlich schlechter ausgehen können. Das Problem für Reformen in Bulgarien sei jedoch, dass sie „systematisch demotiviert“ würden. Reformen seien praktisch kaum möglich, da die meisten Parteien Eigeninteressen verfolgten, anstatt an das Land zu denken. Bulgarien leide an *State Capture*.

In den Augen von *Alexander Andreev* (Autor, Journalist; ehemaliger Redaktionsleiter, Deutsche Welle / Co-Leiter der SOG-Zweigstelle Köln/Bonn) sei diese „Lähmung“ des Staates das Resultat von Korruption und einer Vereinnahmung der Justiz. Für *Gudrun Steinacker* (Botschafterin a. D. / Vizepräsidentin der SOG, Wien), welche als Diplomatin von 2006 bis 2009 in Bulgarien lebte, kommt zu *State Capture*, also der Nutzung des Staates durch die Mächtigen für ihre Partikularinteressen, ein so genannter *Deep State* hinzu, sprich die Durchsetzung des staatlichen Apparats

durch demokratisch nicht legitimierte Kräfte. Die Massenproteste von 2020 richteten sich, so erinnerte *Johanna Deimel* in der Diskussion, gegen den damaligen Generalstaatsanwalt Iwan Geschew und gegen die – auch von der EU immer wieder kritisierte – politische Einflussnahme auf die Justiz. Eine Kernforderung der Reformen in der Regierung Denkow sei es gewesen, entsprechende Verfassungsänderungen in Bezug auf den Obersten Justizrat, die Machtbefugnisse des Präsidenten und der Generalstaatsanwaltschaft durchzuführen. Diese seien zwar vom Parlament beschlossen, dann allerdings vom Verfassungsgericht gekippt worden. Aber, so das Podium, auch von pro-westlichen Kräften wie der GERB seien keine ernsthaften Reformen, beispielsweise im Justizsystem, zu erwarten, da diese ihren Eigeninteressen zuwiderliefen.

Während sich Bulgarien durch den Beitritt zur EU stark verändert habe (mehr Wirtschaftswachstum, mehr Abwanderungsmöglichkeiten für junge Menschen), seien, so *Andreev*, *State Capture* und *Deep State* nach wie vor existent und vom einstigen Geheimdienst sowie einflussreichen Oligarchen bestimmt – auch wenn nicht klar sei, von wem genau. Das sei nach Auffassung *Steinackers* in Hinsicht auf Bulgarien tatsächlich die große Frage: Wer zieht die Strippen in Politik, Wirtschaft und Kriminalität? In diesem Zusammenhang müsse man begrüßen, dass zumindest ein Drittel der Bulgaren und Bulgarinnen immer noch an die Westanbindung glaubt. Es sei dringend notwendig, so *Steinacker*, dass die EU sich stärker engagiert, denn Russland warte nur auf seine Möglichkeit, von der derzeitigen Labilität zu profitieren und noch größeren Einfluss auszuüben.

Eine andere Form des Einflusses aus dem Ausland wurde von *Alexander Andreev* diskutiert, welcher die Rolle der bulgarischen Diaspora – insbesondere der ethnisch türkischen – bei der Wahl hervorhob: „Wichtig, aber nicht immer sichtbar.“ Obwohl die bulgarische Verfassung eigentlich eine Partei auf ethnischer Basis verbietet, spielt(e) die DPS eine wichtige Rolle im politischen Leben Bulgariens, wie *Deimel* erinnerte. Früher hätten bulgarische Nationalisten oft gegen die Rechte türkischer Minderheiten protestiert, so *Andreev*. Mit Ahmed Dogan gebe es allerdings einen ethnisch türkischen

Politiker, der nicht aus der Elite Sofias stamme und der mit ausgeprägten rhetorischen Fähigkeiten sowohl die ländliche Wählerschaft beeindruckte als auch die Interessen der Minderheiten aufgreife. So bekomme Dogan die Unterstützung der rund 100.000 Diaspora-Bulgaren und -Bulgarinnen in der Türkei, wo beispielsweise der Bürgermeister von Bursa sogar eine Wahlempfehlung für Dogan ausgesprochen habe. Viele in Bulgarien seien jedoch gegen das Wahlrecht der Diaspora, da diese ihrer Ansicht nach die Realitäten im Land nicht mehr kenne. Eine andere Herausforderung für die bulgarischen Wahlen mit Blick auf ethnische Minderheiten sei der großflächige Stimmenkauf vor allem – aber nicht nur – unter bulgarischen Rom*nja.

Auch *Louisa Slavkova* (Gründungsmitglied und Direktorin der Sofia Plattform, Sofia) diskutierte die Verzahnung der bulgarischen Wahlen mit dem Ausland und stellte heraus, dass viele der neuen Parteien Bulgariens sich hinsichtlich ihres Verhältnisses zu Russland und dem Westen nicht mehr eindeutig einordnen ließen. Hier gebe es einen großen Unterschied zwischen Bekenntnis und Handeln. Früher sei die bulgarische Gesellschaft entlang einer Kluft zwischen Russophilen und Russophoben gespalten gewesen. Diese Kluft werde nun von neuen Parteien gefüllt, die mal linkspopulistisch, mal rechtspopulistisch seien, aber deren sonstige Ausrichtung nie ganz klar sei. Beispiele dafür seien, dass die Bedeutung der Bezeichnung „pro-russisch“ nicht mehr eindeutig sei oder dass manche Oligarchen pro-europäisch genannt

würden, obwohl das ein Oxymoron sein müsse. Slavkova hob zudem hervor, dass die neuen Parteien viel von populistischen Strategien aus anderen Ländern gelernt hätten und so das Thema Immigration als Problem aufgriffen, selbst wenn diese niedrig sei, oder vor allem soziale Medien für ihre Botschaften verwendeten.

In der anschließenden Diskussion ging es außerdem um Bulgariens Spannungen mit Nordmazedonien, welche laut *Martin Kothé* allerdings ausschließlich auf diplomatischer Ebene stattfänden und nicht zwischen den Gesellschaften der beiden Länder. Zudem befand das Podium, dass Bulgarien in Energiefragen nicht mehr so abhängig von Russland sei wie früher. Die Verknüpfung mit Russland existiere nun mehr auf der persönlich-politischen Ebene, wie etwa geleakte E-Mails führender Politiker und Politikerinnen zeigten. Außerdem stünden zahlreiche Bulgaren und Bulgarinnen aufgrund russischer Desinformation vielen „europäischen“ Themen skeptisch gegenüber – von der NATO- und EU-Mitgliedschaft über den Euro bis zu Geschlechterfragen und LGBTQ-Rechten. Hier sei die EU gefragt, urteilte das Podium.

Nichtsdestotrotz betonte *Martin Kothé* abschließend, dass man auch festhalten müsse, wie resilient Bulgarien angesichts des schon langjährigen Einflusses aus Russland sei, und dass Deutschland, welches ebenfalls zunehmend unter Kreml-Einfluss stehe, hier viel von Bulgarien lernen könne.

Workshop

Protestbewegungen in Rumänien

**Veranstaltende: Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Kooperation mit der Südosteuropa-Gesellschaft, Zweigstelle Regensburg
Regensburg, 05. Juli 2024**

Bericht von Carolin Haas, Regensburg

Was hat es mit den jüngsten Protestwellen in Rumänien auf sich? Wie setzt sich die rumänische politische Kultur zusammen? Welchen Einfluss hat die kommunistische Zeit? Mit diesen Fragen beschäftigten sich acht Studierende im Rahmen des Workshops im Konferenzraum des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg.

Der Referent und Leiter des Workshops, der selbständige Filmmacher *Sergiu Zorger*, ist in Rumänien geboren und aufgewachsen, bevor er als Jugendlicher nach Deutschland kam, wo er an der Kölner Kunsthochschule für Medien einen Studiengang mit Schwerpunkt „Dokumentarfilm“ absolvierte. Mit dem Abschluss seines Studiums startete er ein Dokumentarfilmprojekt mit dem Titel „Alles, was ich meinem Bruder über Politik erzählen wollte“ über den Aktivismus und die Protestbewegung in Rumänien, für den er mehr als 80 verschiedene Aktivist*innen, NGO-Mitglieder, Mitglieder politischer Parteien und Bürger*innen interviewt und begleitet hat. Seine Expertise zieht er – neben den Erfahrungen aus diesem Projekt und der langjährigen Auseinandersetzung mit der rumänischen Politik – auch aus der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit *Nina Krienke, M.A.*, einer Doktorandin von der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen.

Die Veranstaltung zielte darauf ab, ein tieferes Verständnis für das politische Agieren der rumänischen Zivilbevölkerung und die Komplexität der Motive, Vorstellungen und Perspektiven

unterschiedlicher Akteur*innen zu erlangen. Der Workshop begann mit einer kurzen Einführung in die rumänische Zeitgeschichte und politische Kultur. Dabei wurde den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben, eigene Interessenschwerpunkte zu setzen. Danach wurden anhand von Dokumentarfilm-Ausschnitten Geschehnisse visualisiert und individuelle Wahrnehmungen von Personen vor Ort dargestellt. Durch eine Rollenspielübung wurde sich mit konkreten Handlungslogiken innerhalb der Protestbewegung befasst und die Möglichkeiten der wissenschaftlichen, medialen oder kreativen Erkundung politischer Bewegungen diskutiert.

Es ist sehr positiv hervorzuheben, dass die Teilnehmenden durch fortwährende Diskussionen stets aktiv in den Workshop eingebunden waren und mehrfach Fragen und Diskussionen zu tieferen Auseinandersetzungen mit einzelnen Aspekten führten. Zum Abschluss gab es eine Feedbackrunde, in der die Teilnehmer*innen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse teilen konnten. Das Feedback war durchgehend positiv. Die Einblicke in das unveröffentlichte Filmmaterial *Zorgers* wurden sehr geschätzt und das Rollenspiel funktionierte auch dank der engagierten Teilnehmenden sehr gut. Viele hoben die durchgehende Möglichkeit, Fragen zu stellen und zu diskutieren als sehr positiv hervor. Der Workshop war sehr erfolgreich und hat die wissenschaftliche Beschäftigung der Studierenden mit Südosteuropa sehr bereichert.

Ausstellung mit Begleitprogramm

Gewaltfreier Widerstand und Staatsbildung in Kosovo

1988 – 1998

Veranstaltende: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) / Österreichische Akademie der Wissenschaften / Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Berlin, 09. – 25. Oktober 2024

Bericht von Arta Sopaj und Çlirisa Suka, beide Berlin

Eröffnungsrede und Bedeutung der Ausstellung

Die Ausstellung in den Räumen der FES in Berlin beleuchtete die bemerkenswerte Bewegung des friedlichen Widerstands, die unter der Führung von Präsident Ibrahim Rugova in den 1990er Jahren als einzigartiger, mutiger Weg gegen die serbische Unterdrückung in Kosovo bekannt wurde. *Helene Kortländer* (FES, Referatsleiterin Osteuropa) hob in ihrer Eröffnungsrede die Bedeutung der Ausstellung als „Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft“ hervor und betonte, wie entscheidend die Erinnerung an die Vergangenheit für eine friedlichere Zukunft ist. Sie beschrieb den gewaltfreien Widerstand in Kosovo als Modell für die Prävention von Menschenrechtsverletzungen und die Lösung diplomatischer Konflikte und erinnerte daran, dass „die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Schlüssel zu einer friedlicheren Zukunft ist“. Diese Überlegungen zogen sich wie ein roter Faden durch die gesamte Veranstaltung.

Faruk Ajeti, Botschafter der Republik Kosovo in Deutschland, schilderte eindrucksvoll die schweren Jahre der kosovarischen Staatsbildung und die Härten, denen die kosovo-albanische Bevölkerung ausgesetzt war. Ajeti beschrieb bewegend die gezielten Entlassungen und Repressionen, die zum Aufbau eines „Schattenstaates“ führten – einer Parallelgesellschaft mit eigenen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Besonders würdigte er die Unterstützung in dieser schwierigen Zeit durch Deutschland, das als Zufluchtsort für die kosovarische Exilregierung diente. Als symbolischen Dank dafür kündigte er an, dass das Gebäude in Bonn, in dem die Exilregierung ihren Sitz hatte, eine Gedenktafel erhalten wird, die an diese besondere Verbindung zwi-

schen Deutschland und Kosovo erinnern soll. Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher habe einst betont, dass Deutschland in Fragen der Menschenrechte keine neutrale Position einnehmen dürfe – ein Standpunkt, der sich tief in das kollektive Gedächtnis des kosovarischen Volkes eingepreßt habe.

Erste Podiumsdiskussion am 09. Oktober 2024: Fernes Land, aktueller Konflikt – Der serbisch-albanische Streit um Kosovo in den 1990er Jahren und heute

Die anschließende Podiumsdiskussion, moderiert von *Konrad Clewing* (Historiker, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung), brachte verschiedene Sichtweisen auf den friedlichen Widerstand zur Sprache. *Shkumbin Brestovci*, Kurator und Aktivist, hob hervor, dass dieser friedliche Widerstand als bedeutendes Kapitel in die europäische Geschichtsschreibung aufgenommen werden müsse, da „Frieden und Widerstand Hand in Hand gehen können, wenn sie auf Solidarität und Entschlossenheit gründen“. Er erläuterte, dass die hier gezeigte Ausstellung auf einer größeren Version im Unabhängigkeitsmuseum in Pristina basiert und dass ihre Botschaft besonders in Zeiten politischer Spannungen wertvoll bleibt. *Blerta Ismajli*, Germanistin und Zeitzeugin, trug eine persönliche Perspektive bei und schilderte lebendig die Jahre der Unterdrückung. Sie sprach über das improvisierte Schulsystem, in dem Schüler*innen und Studierende in Privathäusern und Garagen lernten. „Für uns wurde das zur Normalität – aber es war auch unsere Form des Widerstands“, betonte Ismajli und vermittelte eindrucksvoll die ständige Unsicherheit und Bedrohung, die den Alltag der kosovo-albanischen Bevölkerung damals prägten. Diese Erinnerungen ließen im Publikum tiefe Emotio-

nen aufkommen und zeigten, wie stark die Geschichte die Gegenwart beeinflusst.

Reflexion und aktuelle Relevanz

Ein zentrales Thema der Diskussion war, wie der gewaltfreie Widerstand zur Internationalisierung der Kosovo-Frage beitrug und den Weg zur späteren Unabhängigkeit ebnete. Die Podiumsgäste erinnerten daran, dass die Parallelstrukturen, die als „Schattenstaat“ bezeichnet wurden, ein außergewöhnliches Beispiel für zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und Widerstandskraft darstellten. Die Diskutant*innen betonten, dass das Vermächtnis dieser friedlichen Bewegung ein wertvoller Beitrag zur heutigen Debatte über die Mechanismen der Staatsbildung ist und die Rolle der internationalen Gemeinschaft in der Friedenssicherung hervorhebt.

Am Ende richtete Botschafter *Ajeti* eine bewegendende Botschaft der Dankbarkeit an die deutschen Institutionen und die kosovarische Diaspora. Er unterstrich, dass diese Ausstellung über die reine Geschichtsdarstellung hinausgeht und als Symbol für die gemeinsamen Werte von Freiheit und Menschenwürde dient. Sie solle daran erinnern, dass Selbstbestimmung ein kostbares Gut ist, das stets verteidigt werden müsse.

Das Fazit der Diskussion war: Die Veranstaltung verdeutlichte eindrucksvoll, dass der historische und politische Wert des friedlichen Widerstands in Kosovo ein zeitloses Beispiel für Resilienz und Entschlossenheit ist und zur Reflexion über die Herausforderungen und Möglichkeiten in der heutigen globalen Welt anregt.

Zweite Podiumsdiskussion am 14. Oktober 2024: Human Rights and the Failure of Prevention in Kosovo

Moderator der zweiten (auf Englisch geführten) Podiumsdiskussion im Rahmen der Ausstellung war *Robert Pichler* (Historiker, Österreichische Akademie der Wissenschaften). Angeregt durch den Initiator *Shkumbin Brestovci* aus Pristina, der mit der Ausstellung die historische Bedeutung dieser Epoche für das kosovarische und europäische Verständnis hervorheben möchte, diskutierten Expert*innen über die Herausforderungen und Missstände, die während des Konflikts herrschten. Zu den Teilnehmenden zählten *Rafael Biermann* (Politikwissenschaftler, Jena),

Linda Gusia (Soziologin und Zeitzeugin, Pristina) und *Geert-Hinrich Ahrens* (Botschafter a. D. und Autor), die sich kritisch mit den verpassten Chancen durch eine möglich gewesene politische Vermittlung und dem ihrer Meinung nach „Versagen“ der internationalen Gemeinschaft auseinandersetzten.

Vernachlässigung Kosovos durch die internationale Gemeinschaft

Die Vernachlässigung der Entwicklungen in Kosovo durch die internationale Gemeinschaft stand im Zentrum der Diskussion. *Ahrens* erinnerte daran, dass es bereits in den 1980er Jahren Anzeichen für eine angespannte Lage in Kosovo gegeben habe, die jedoch weitgehend ignoriert worden sei. Die Londoner Konferenz über das ehemalige Jugoslawien (1992) habe den Wunsch nach einem eigenen kosovarischen Staat als einen Kampf um Minderheitenrechte innerhalb der serbischen Teilrepublik Kosovo behandelt, was die mangelnde internationale Aufmerksamkeit verdeutlicht habe. *Biermann* ergänzte, dass Kosovo deutlich seinen Wunsch nach internationaler Anerkennung und Integration in die laufenden Friedensprozesse signalisiert habe, die politischen und militärischen Kapazitäten, vor allem der EU, jedoch nicht ausreichend gewesen seien, um die Komplexität der Situation zu erfassen. Der Fokus der internationalen Gemeinschaft habe sich stattdessen auf eine Friedenslösung für Bosnien und Herzegowina (Dayton-Konferenz) gerichtet. Eine ähnliche Lösung für Kosovo sei nicht verhandelt worden, da der Konflikt dort als ein Kampf um Minderheitenrechte und nicht als das Streben nach einem eigenen, von Serbien losgelösten Staatsterritorium verstanden worden sei. Diese Fehlinterpretation habe zu einer verspäteten und kurzfristigen Intervention geführt, die erst in den späten 1990er Jahren erfolgte, als sich der Konflikt verschärfte.

Diskriminierung und Repression gegen die albanische Bevölkerung

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt lag auf der systematischen Diskriminierung der albanischen Bevölkerung durch das serbische Regime. *Gusia* beschrieb die schwierigen Lebensbedingungen der Kosovo-Albaner*innen nach der Aufhebung der Autonomie 1989, was die Grundlage für eine systematische Repression gebildet habe.

Öffentliche Institutionen und Dienstleistungen seien den Albaner*innen verwehrt worden. Diese anhaltende Unterdrückung habe den Alltag geprägt. *Ahrens* verwies auf die historischen Ursprünge der Spannungen, die bis zum Berliner Kongress 1878 zurückreichen, als albanische Gebiete unter serbischen Einfluss gestellt wurden und bereits damals Vertreibungen sowie Gewalt zur Folge hatten.

Der friedliche Widerstand und Ibrahim Rugovas Rolle

Ein wichtiger Teil der Diskussion widmete sich dem friedlichen Widerstand unter der Führung von Ibrahim Rugova. *Ahrens* und *Gusia* betonten, dass Rugovas Ansatz des zivilen Widerstands und der Diplomatie eine einzigartige Form der politischen Gegenwehr darstellte, die das kosovarische Anliegen international sichtbar gemacht und die kosovarische Identität gestärkt habe. *Biermann* erklärte, dass dieser Ansatz, auch wenn er anfangs auf Zustimmung gestoßen sei, mit zunehmender Gewalt gegen die Kosovo-Albaner*innen unter Druck geriet und letztlich den Ruf nach einem aktiveren Kampf für die Unabhängigkeit befeuerte. Der friedliche Widerstand habe zwar einerseits die Grundlage für die spätere Unabhängigkeitserklärung 2008 gelegt, habe jedoch andererseits zur Bildung der paramilitärisch organisierten Kosovo-Befreiungsarmee (KLA/UÇK) geführt, die ab 1996 den Wunsch nach Unabhängigkeit durch einen bewaffneten Kampf unterstützte.

Diskussion mit dem Publikum

In der anschließenden Diskussion wurde erwähnt, dass Rugovas gewaltfreier Ansatz einen teils erfolgreichen Weg darstellte, da er die Gewalt in Kosovo im Vergleich zu anderen Regionen eindämmte und das kosovarische Anliegen international verankerte. Rugovas Strategie wurde als pragmatisch angesehen, da in dieser Phase die Ressourcen für einen bewaffneten Widerstand fehlten. *Ahrens* wies darauf hin, dass es seitens der kosovarischen Führung Ansätze gegeben hatte, die Situation durch bildungspolitische Maßnahmen und den Aufbau eigener Institutionen zu verbessern. *Gusia* kritisierte jedoch die internationale Gemeinschaft dafür, den damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević lange als Friedensvermittler betrachtet und so die Dynamiken in Kosovo falsch eingeschätzt zu haben.

Der Austausch machte deutlich, dass die Ereignisse der 1990er Jahre weiterhin im öffentlichen Diskurs präsent sind und die komplexen historischen und geopolitischen Verflechtungen das divergente Verständnis des Konflikts prägen. Die Podiumsdiskussion schloss mit der Feststellung, dass die Aufarbeitung des Konflikts in Kosovo und die Erinnerung an den friedlichen Widerstand heute zentrale Bestandteile des kollektiven Gedächtnisses sind.